

Bericht der Arbeitsgruppe Massnahmenplan

An der Gemeindeversammlung 5. Dezember 2007 wird der Gemeinderat über die bisher erreichten Ziele Bericht erstatten. Auch wenn Einiges verwirklicht wurde, ist die Umsetzung noch lange nicht abgeschlossen.

Vor zwei Jahren erteilte die Gemeindeversammlung der Exekutive den Auftrag, einen Massnahmenplan zur nachhaltigen Senkung der Ausgaben zu erarbeiten. Die vom Gemeinderat beauftragte Firma stellte innerhalb weniger Wochen einen Katalog mit über 100 Einzelmassnahmen zusammen. Rund die Hälfte der aufgelisteten potentiellen Einsparungen – mit einem Gesamtvolumen von 6 Mio. Franken – betraf Massnahmen zu einem Leistungsabbau oder Leistungsverzicht, darunter beispielsweise die Schliessung einer der beiden Bibliotheken in Dorf oder Berg, die Schliessung des Jugendhauses, die Reduktion oder gar Streichung der Subventionen an die Kinderkrippen, die Jugendberatung Samowar oder an das Ortsmuseum. Der Gemeinderat hat bereits an der Gemeindeversammlung im letzten Dezember ausführlich dargelegt, welche Massnahmen er sofort umsetzen wollte. Zusammen mit den für das Jahr 2008 vorgesehenen Einsparungen soll das Budget künftig jährlich um rund 2,4 Mio. Franken entlastet werden. Der Gemeinderat hat an der letztjährigen Budgetversammlung ebenfalls aufgezeigt, welche Massnahmen (schätzungsweise in der Höhe von 1,4 Mio. Franken) zurzeit nicht weiterverfolgt werden. Zu den nicht weiter verfolgten Massnahmen gehörte beispielsweise die Schliessung einer der beiden Bibliotheken oder auch die Streichung des Beitrages an das Ortsmuseum.

Die von der externen Firma vorgeschlagenen Massnahmen mit den grössten Einsparpotentialen betreffen langfristige Reorganisationsprojekte. In diese Kategorie gehört beispielsweise die Zusammenführung der Betriebe der Wohn- und Pflegezentren Beugi und amSee an einem einzigen Standort und – wie auch beim Hallenbad Fohrbach – die Überführung in eine separate Trägerschaft. Durch diese Massnahmen könnte die Effizienz verbessert und eine deutliche Kostensenkung erzielt werden. Wie das Beispiel der Zusammenlegung der beiden Häuser Beugi und am See zeigt, sind bedeutende Effizienzsteigerungen im Betrieb nur durch grosse bauliche Investitionen zu verwirklichen.

Um eine nachhaltige Verbesserung des kommunalen Haushalts zu erreichen, legt der Gemeinderat den grössten Schwerpunkt seiner Aktivitäten auf die Überprüfung der Aufgaben und die Neuausrichtung der Verwaltung. Bei den Werken soll die Ausgliederung der Netze und die enge Kooperation mit den beiden Nachbargemeinden Küsnacht und Erlenbach zu einer effizienteren Leistungserbringung führen. Die Stimmberechtigten können bereits an der nächsten Gemeindeversammlung über einen entsprechenden Projektkredit entscheiden. Im Bereich der Altersheime ist eine Projektgruppe, in welcher nebst Vertreterinnen und Vertreter aus der Verwaltung und dem Wohn- und Pflegezentrum auch externe Fachleute Einsitz haben, dabei, die Grundlagen für die Ausrichtung eines neuen Betriebes zu erarbeiten. Die von der externen Firma angeregte Zusammenlegung der beiden heutigen Betriebe an einem einzigen Standort, welche schätzungsweise zu Einsparungen von jährlich rund 3 Mio. Franken bei den Betriebskosten führen würde, stösst auf offene Ohren.

Im Bereich der eigentlichen Gemeindeverwaltung hat der Gemeinderat in den letzten Monaten wichtige Weichen zur Verbesserung der Arbeitsabläufe und damit zur Steigerung der Effizienz gelegt. Ende Oktober hat ein Personalleiter seine Tätigkeit in der Verwaltung aufgenommen. Die Schaffung der Funktion des Personalleiters wurde dabei nicht durch eine Stellenaufstockung, sondern durch die Reorganisation der Gemeinderatskanzlei erreicht. Die zentrale Abwicklung aller Aufgaben im Personalbereich ermöglicht es, die Festsetzung der Löhne künftig nicht nur intern, sondern auch im Vergleich mit anderen Gemeinden zu überprüfen. Ob sich dabei die von der externen Firma angegebenen möglichen Lohneinsparungen im Betrag von 1,8 Mio. Franken wirklich bestätigen, wird sich noch zeigen. Durch die gute Konjunkturlage wird es nämlich wieder zunehmend schwieriger, gut qualifizierte Fachleute für die Verwaltung zu rekrutieren, wenn nicht marktübliche Saläre bezahlt werden. Die durch Stellenreduktionen erzielten Einsparungen werden dabei teilweise durch höhere Löhne ausgelöscht.

Auch im Bereich der Liegenschaftenverwaltung steht eine grössere Reorganisation bevor. Die Zentralisierung aller mit den Liegenschaften zusammenhängenden Aufgaben soll zu einer professionelleren und damit längerfristig auch kostengünstigeren Abwicklung der Aufgaben führen. Durch die Professionalisierung wird ausserdem auch die Voraussetzung für die sachgerechte Aufgabenerteilung an Dritte geschaffen.

Die durch Reorganisationsmassnahmen anvisierten Effizienzsteigerungen lassen sich erst mittel- oder im Fall der Ausgliederung ganzer Bereiche erst langfristig erzielen und schlagen sich daher nur teilweise in den nächsten Budgetzahlen nieder. Aber auch externe Faktoren laufen den Sparbemühungen des Gemeinderats zuwider. Durch die Inkraftsetzung des Neuen Finanzausgleichs auf Bundesebene werden die Gemeinden ab nächstem Jahr teilweise massiv zusätzlich belastet. Durch den Wegfall der bisherigen Bundessubventionen fallen allein im Bereich der Sonderschulung für die Gemeinde Zollikon ab dem nächsten Jahr Mehrausgaben von rund 360'000 Franken an. Bei der Spitex ist ab nächstem Jahr mit Mehrkosten von rund 260'000 Franken zu rechnen.

Für die Begleitung der grossen Ausgliederungs- und Reorganisationsaufgaben sind je entsprechende Arbeitsgruppen und Ausschüsse eingesetzt, die den Fortschritt der Projekte begleiten und überwachen und dem Gemeinderat regelmässig Bericht erstatten. Sie übernehmen auch die Aufgabe der Umsetzung der verbleibenden Massnahmen, weshalb die Arbeitsgruppe Massnahmenplan ihre Arbeit beendet. Rückblickend lässt sich festhalten, dass der von Externen erarbeitete Massnahmenplan wertvolle Hinweise für verschiedene kurzfristig umsetzbare Sparmöglichkeiten gebracht hat. Die intensiven Auseinandersetzungen und Diskussionen um die einzelnen Massnahmen haben ausserdem dazu beigetragen, das Kostenbewusstsein in der Verwaltung zu stärken. Durch die Einführung geeigneter Führungs- und Steuerungsinstrumente wird der Gemeinderat sicherstellen, dass die Aufgaben- und Ausgabenüberprüfung künftig regelmässig und systematisch vorgenommen wird.

Martin Byland, Finanzvorstand Zollikon